LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/9606**

26.08.2015

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5555

Sexuelle Gewalt an Frauen und Männern mit geistiger und/oder körperlicher Behinderung konsequent bekämpfen!

Berichterstatter **Abgeordnete Daniela Jansen**

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der CDU - Drucksache 16/5555 wird abgelehnt.

Datum des Originals: 28.08.2015 /Ausgegeben: 28.08.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 16/5555, wurde vom Plenum am14. Mai 2014 an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation - federführend - sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales zur Mitberatung überwiesen.

Ziel des Antrags ist, der Landtag möge beschließen, die Landesregierung aufzufordern, die Öffentlichkeit stärker für das Thema zu sensibilisieren, behinderte Menschen über Sexualerziehung und Sexualaufklärung und Handlungsempfehlungen zur Reaktion auf Versuche sexueller Übergriffe zu informieren sowie die Angehörigen aufzuklären. Des Weiteren soll ein Konzept zum Schutz von Kindern in Einrichtungen und Informationen in leicht verständlicher Sprache vorgelegt werden. Außerdem sollen Präventions- und Hilfekonzepte entwickelt bzw. weiterentwickelt werden. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, die Maßnahmen der Bundesregierung zur Unterbindung sexueller Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen zu unterstützen und nach einem Jahr einen Bericht über die durchgeführten und noch geplanten Maßnahmen vorzulegen.

B Beratung

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation hat sich mit dem Antrag 16/5555 in seinen Sitzungen am 28.05.2014, 17.09.2014 und 26.11.2014 und 26.08.2015 befasst. Die abschließende Beratung und Abgabe einer Beschlussempfehlung erfolgte in der Sitzung am 26.08.2015.

Der Ausschuss beschließt in seiner Sitzung am 28.05.2014 die Anhörung von Sachverständigen und führt das Expertengespräch am 17.09.2014 durch.

Folgende Sachverständige nehmen an dem Gespräch teil und übersenden schriftliche Stellungnahmen:

Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderung in NRW, Düsseldorf	Norbert Killewald	
Landschaftsverband Rheinland, Köln	Dr. Dieter Schartmann	
Landschaftsverband Westfalen-Lippe,Münster	Michael Wedershoven	Stellungnahme 16/2076
Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband NRW e.V., Wuppertal	Prof. Dr. Gabi Flösser	Stellungnahme 16/2079
NetzwerkBüro Frauen und Mädchen mit Behinderung / chronischer Erkrankung NRW, Münster	Monika Pelkmann	Stellungnahme 16/2027
Kinderschutzbund Kreis Unna e.V. Modellprojekt Kooperativer Kinderschutz	Britta Discher	Stellungnahme 16/2086

Universität Rostock, Universitätsmedizin	Dipl. Psych. Wencke Chodan	Stellungnahme 16/2085
Werkstätten der AWO, Dortmund	Dr. Klaus Hermansen Stefanie Lorenz	Stellungnahme 16/2054
MOBILE – Selbstbestimmtes Leben Behinderter e.V., Dortmund	Christiane Rischer Diana Ismail	Stellungnahme 16/2084
Weibernetz - Projekt: Frauen – Beauftragte in Einrichtungen, Kassel	Ricarda Kluge Anita Kühnel	Stellungnahme 16/2072

Von der Fachhochschule Frankfurt am Main liegt eine weitere schriftliche Stellungnahme 16/2044 vor.

Das Expertengespräch ist mit Ausschussprotokoll 16/752 dokumentiert.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation führt in seiner Sitzung am 26.11.2014 die Aussprache über das Expertengespräch durch.

Die CDU-Fraktion sieht den dringenden Handlungsbedarf durch die Anhörung bestätigt und stimmt der Notwendigkeit eines größeren Handlungskataloges zu.

Die SPD-Fraktion unterstreicht den dringenden Handlungsbedarf zum Thema sexualisierter Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen. Die Betreuung von Menschen mit Behinderungen sowie der Umgang mit dem Personal in den Einrichtungen müssten sehr genau betrachtet werden. Dazu sei der Antrag nicht weitgehend genug.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betont die Wichtigkeit der Stärkung des Selbstbildes und der Selbsterfahrungsmöglichkeiten der Menschen mit Behinderungen als Prävention. Die Einbeziehung der Erfahrungswerte und Kommunikationswege von Betroffenen sowie die Forderung nach gleichgeschlechtlicher Pflege seien weiter zu verfolgen.

Die FDP-Fraktion legt besonderen Wert auf die Transparenz in Fällen sexueller Gewalt gegen Menschen mit Behinderung.

Die Fraktion der PIRATEN begrüßt die Idee der Berichterstattersysteme und sieht Probleme in einer haushaltsneutralen Umsetzung.

Die abschließende Beratung findet in der Sitzung des Ausschusses am 26.08.2015 statt. Änderungsanträge werden nicht gestellt.

C Abstimmung

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN und PIRATEN gegen die Stimmen von CDU und FDP den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 16/5555 abzulehnen.

Daniela Jansen
Vorsitzende